

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Fraktion DIE LINKE

2. – 4. Juli 2008

**MdL Peter Ritter**

TOP 11

Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion der NPD

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage

Drucksache 5/1580

Frau Präsidentin,  
meine Damen und Herren,

**DIE LÖSUNG**

Nach dem Aufstand des 17. Juni

Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes

In der Stalinallee Flugblätter verteilen.

Auf denen zu lesen war, dass das Volk

Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe

Und es nur durch doppelte Arbeit zurückerobern könne.

Wäre es da nicht doch einfacher,  
die Regierung  
Löste das Volk auf und Wählte ein anderes?

So, meine Damen und Herren,  
äußerte sich Bertold Brecht nach den Ereignissen  
nach dem 17. Juni 1953.

Und bevor Sie nun, meine Herren von der NPD,  
in Jubelschreie ausbrechen und Brecht für ihre geistigen Untaten vereinnahmen wollen, will  
ich Ihnen einiges zu Brecht sagen:

Nach der Machtübertragung an Hitler 1933 geht Brecht ins Exil.  
1935 wird Brecht von den Nationalsozialisten ausgebürgert.

1938 werden Brechts Werke als „Entartete Kunst“  
in Düsseldorf ausgestellt.

1939 flieht er nach Schweden, 1941 über Finnland und die UdSSR in die USA.

Nach Kriegsende verweigern die Alliierten Brechts Einreise in die Westzonen. Er geht nach Ostberlin, bleibt überzeugter Marxist –  
der sich in keine Partei-Ideologie einpassen lässt.

Menschen wie Brecht haben das moralische Recht, sich mit Ereignissen, wie dem Aufstand vom 17. Juni 1953 auseinanderzusetzen.

Sie, meine Herren der NPD, haben diese moralische Recht nicht.

Meine Damen und Herren,  
in der Problembeschreibung zum Gesetzentwurf stellt die  
NPD-Fraktion die Frage: „Was verursachte den 17.Juni 1953?“

Ich will versuchen, kurz einige Punkte zu benennen:

Im Juli 1952 fand die 2. Parteikonferenz der SED statt,  
verkündet wurde der planmäßige Aufbau des Sozialismus,  
was im Kern nichts anders bedeutete als eine Stärkung der Staatsmacht nach sowjetischem Vorbild.

Dieser Beschluss wurde vor dem Hintergrund einer schwierigen ökonomischen Situation des Landes gefasst.

Als Ergebnis des Kalten Krieges und der damit verbundenen Militarisierung, wuchsen die direkten und indirekten Militärausgaben stetig an und umfassten 1952 schon 11% des gesamten Staatshaushaltes. Zusammen mit den Reparationsleistungen banden diese Ausgaben 20% des Haushaltes.

Die Wirtschaftspolitik der DDR orientierte sich deshalb auf die Schwerindustrie zu Lasten der Lebensmittel- und Konsumgüterwirtschaft.

Das Wohlstandsgefälle zum Westen, wo dem wirtschaftlichen Wiederaufbau im großen Maße der Marshall-Plan zugute kam, vergrößerte sich.

Menschen verließen den Osten Richtung Westen,  
vor allem aus diesen ökonomischen und den sich daraus ergebenden sozialen Problemen.

Als Instrument zum Gegensteuern wurde von der SED-Führung am 13./14.5 1953 eine Erhöhung der Normen unter dem Motto  
„Mehr Arbeit für den gleichen Lohn“ beschlossen.  
Diese wurde vom Ministerrat am 28.05.1953 bestätigt.

Unmut machte sich unter der Bevölkerung breit.

Die sowjetische Führung griff hier ein, bestellte am 2. Juni 1953 eine SED-Delegation nach Moskau und präsentierte dort „Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR“.

Der Kurswechsel jedoch kam zu spät, der Protest entlud sich auf den Straßen und Plätzen im Osten.

Die Proteste wurden niedergeschlagen. Die sowjetischen Behörden reagierten mit der Verhängung des Ausnahmezustandes, der erst am 11. Juli 1953 wieder aufgehoben wurde. Mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes übernahm die Sowjetunion offiziell wieder Regierungsgewalt über die DDR.

Die westlichen Besatzungsmächte reagierten sehr unterschiedlich. Churchill erklärte zum Beispiel, dass die Sowjetregierung im Recht gewesen sei, als sie den Aufstand niederschlug.

Meine Damen und Herren,  
ich wollte mit dieser kurzen Beschreibung der damaligen Situation deutlich machen, dass die Bewertung historischer Ereignisse keine einfache schwarz/weiß Malerei ist, sondern von vielen verschiedenen Faktoren abhängig ist.

Das betrifft auch die Frage der Opfer des 17. Juni 1953.  
In einer Projektarbeit der „Bundeszentrale für politische Bildung“ nachzulesen auf der Internetseite der Bundeszentrale heißt es:

„Mit den Toten und der Höhe ihrer Zahl wurde in der Vergangenheit Politik gemacht. Die von offizieller DDR-Seite unmittelbar nach dem 17. Juni 1953 veröffentlichten Angaben zu den Todesopfern des 17. Juni 1953 erwiesen sich von Beginn an zu niedrig, die im Westen spätestens seit Beginn der 90er Jahre als viel zu hoch. Nach unseren Rechercheergebnissen sind 55 Todesopfer durch Quellen belegt.“

Ich will auf weitere Details verzichten, aber eins klar stellen:  
Jedes Todesopfer ist eines zu viel!

Die Opfer des 17. Juni mahnen uns, Gewaltanwendung als Mittel der politischen Auseinandersetzung für immer auszuschließen.

Auf Bajonettspitzen lassen sich auf Dauer Frieden und Demokratie nicht durchsetzen.

Die Opfer des 17. Juni verdeutlichen auch, dass persönliche und soziale Grundrechte einander bedingen und nicht gegenseitig aufgewogen werden dürfen.

Für die Mitglieder meiner Partei gehört deshalb auch in Auseinandersetzung mit den Ereignissen des 17. Juni 1953 der radikale und endgültige Bruch mit dem Stalinismus zum Gründungskonsens unserer Partei.

Meine Damen und Herren,  
im Gedenken an die Ereignisse des 17. Juni 1953 war der 17. Juni mit Gesetz vom 4. August 1953 als der Tag der deutschen Einheit in der damaligen Bundesrepublik gesetzlicher Feiertag.

1963 wurde dieser Tag vom damaligen Bundespräsidenten Lübke zum Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes proklamiert.

Mit Inkrafttreten des Einigungsvertrages wurde das Datum der Wiedervereinigung - der 3. Oktober - anstelle des 17. Juni als Tag der Deutschen Einheit zum gesetzlichen Feiertag, der 17. Juni behielt allerdings seinen Status als Nationaler Gedenktag.

Die Fraktion der NPD will nun den 17. Juni zu einem Landesgedenktag erklärt wissen.

Das Streben nach Freiheit, Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit soll damit gewürdigt werden.

Doch die Freiheit, die Selbstbestimmung und die soziale Gerechtigkeit die sie meinen, hat mit wirklicher Freiheit, mit Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit nichts gemein.

Selbstbestimmung heißt für die NPD „Entausländerung“.

Soziale Gerechtigkeit heißt für die NPD die ausschließliche Sorge um das Starke und Gesunde.

Freiheit heißt für die NPD die Forderung nach

„Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenzenerkennungsverträge“ und „Hilfe für Millionen von Deutschen in den abgetrennten Gebieten...“. (s. NPD-Parteiprogramm)

Solcher Geschichtsklitterung, verdeckt im Antrag der NPD zur Änderung des Feiertagsgesetzes, können und werden die demokratischen Fraktionen im Landtag nicht zustimmen.

Wir sind uns unserer geschichtlichen Verantwortung bewusst.

Und in diesem Wissen können wir klar und deutlich Nein zum Antrag der Fraktion der NPD sagen.